

10.07.2014



Landesrat der Eltern Brandenburg (LER)

An die Fraktionen im Landtag Brandenburg

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 14. September 2014

Der LER hat auf seiner Sitzung vom 14.6. folgende Forderungen als Wahlprüfsteine aufgestellt und bittet um Beantwortung bis Ende Juli.

Antworten bitte an wolfgang.seelbach@t-online.de .

1. Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit sollte ein wichtiger Bestandteil schulischen Lebens sein. In Brandenburg ist nur ein Teil der Schulen mit entsprechenden Stellen versorgt. Der LER fordert eine Aufstockung des 510-Stellen-Programms, um flächendeckend an allen Schulen Sozialarbeit anzubieten.

2. Vertretungsreserve

Auch wenn die Anzahl der offiziell ausgefallenen Stunden gering erscheint, so bedeutet die hohe Anzahl der Vertretungsstunden einen deutlichen Qualitätsverlust. Wir fordern kurzfristig eine Vertretungsreserve von 6%. Die Vertretungen aus der Budgetierung müssen innerhalb von 2 Tagen zur Verfügung stehen.

3. Inklusion

Ein Gelingen der inklusiven Bildung liegt uns am Herzen. Nach den bisherigen Erfahrungen reichen die Bedingungen nicht aus. Für inklusive Klassen fordert der LER eine Höchstfrequenz von 21 und im Unterricht sollten immer mindestens 2 pädagogische Kräfte für die individuelle Förderung zur Verfügung stehen.

4. Förderschulen

Förderschulen sind weiterhin nachgefragt. Eine kontinuierliche pädagogische Weiterentwicklung der Förderschulen und Verbesserungen des Qualitätsmanagements ist zu

unterstützen. Fusionen von Förderschulen mit Regelschulen oder Öffnungen für Kinder ohne festgestellten Förderbedarf muss ermöglicht werden.

5. Raumprogramm

Die Schulträger sind häufig vor Ort nicht in der Lage, die räumlichen Gegebenheiten den Anforderungen an inklusiver Bildung anzupassen. Wir fordern ein Investitionsprogramm ähnlich dem Ganztagsprogramm, das den Kommunen und anderen Schulträgern Anreize gibt, die räumlichen Bedingungen für inklusiven Unterricht zu schaffen bzw. zu verbessern.

6. Flüchtlingskinder

Die Eingliederung der Flüchtlingskinder stellt die Schulen vor Herausforderungen, die über die normalen Anforderungen der Inklusion hinausgehen. Wir benötigen Personal, das darauf eingehen kann, dass die Kinder traumatisiert sind und aus einer vollkommen anderen Kultur herausgerissen wurden.

6.1 Wie wollen Sie sicherstellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal für die Beschulung von Kinder aus Krisengebieten zur Verfügung steht?

6.2 Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Lehrer entsprechend auf die neue Situation vorbereitet werden?

6.3 Wie wollen Sie gewährleisten, dass benötigte Dolmetscher und Psychologen jeweils zur Verfügung stehen?

7. Medienbildung

Gefahren aus dem Internet und im Zusammenhang mit dem Umgang mit digitalen sozialen Netzwerken werden im Unterricht noch viel zu wenig thematisiert und sind auch im Bewusstsein der Elternschaft nicht ausreichend verankert. Anpassung der Rahmenpläne und mehr Aufklärung ist dringend geboten.

8. Schulessen

Qualität des Angebots, räumliche Bedingungen und die Essenskultur mit ausreichend Zeit ist im Land noch sehr unterschiedlich. Bei der Schulessensversorgung sind landesweite Standards anzustreben, die sich an die DEG anlehnen. Die Schulträger müssen ausreichend große Essensräume und einen entsprechenden Zeitkorridor zur Verfügung stellen.

9. Schulstruktur

Immer mehr Eltern wünschen sich Schulen, die in dreizehn Jahren zum Abitur führen. Die Gesamtschulen sind unter anderem deshalb übernachgefragt. Wir fordern eine Anpassung der Schullandschaft an diesen Bedarf in Form von mehr Gesamtschulen und einer verbesserten vertieften Bildung an den bestehenden Oberschulen.

10. Schülerbeförderung

Der Anspruch auf eine kostenlose Schülerbeförderung leitet sich für uns direkt aus der allgemeinen Schulpflicht ab. Kreisgrenzen dürfen nicht zu langen Schulwegen führen. Die

Schülerbeförderung muss entsprechend kreisüberschreitend angepasst werden. Im berlinnahen Raum sind Schülertickets eine gute Ergänzung.

11. Pendlerausgleich

Das schulische Angebot ist in den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich nachgefragt, was Pendlerströme erzeugt. Deshalb müssen klare Regelungen für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Trägern geschaffen werden.